

"Die Ruhr" in Die Welt (4. Februar 1947)

Legende: Am 4. Februar 1947 fragt die deutsche Tageszeitung Die Welt nach den Absichten Frankreichs in Bezug auf die Kontrolle des Industriepotenzials des Ruhrgebiets.

Quelle: Die Welt. Überparteiliche Zeitung für die gesamte britische Zone-Veröffentlicht unter Zulassung durch die britischen Behörden. 04.02.1947, n° 15; 2. Jg. Hamburg: Die Welt.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: [http://www.cvce.eu/obj/"die_ruhr"_in_die_welt_4_februar_1947-de-0f7527c7-0721-4b56-94a5-8316c861a092.html](http://www.cvce.eu/obj/)

Publication date: 18/09/2012

Die Ruhr

Der französische Ruhrplan ist im Revier selbst eine so starke Überraschung, daß es den Persönlichkeiten, die in der Lage gewesen wären, dazu Stellung zu nehmen, nicht möglich war, ein abschließendes Urteil dazu abzugeben.

Die bisher eingeleiteten Maßnahmen für die Reorganisation der Schwerindustrie an der Ruhr basierten im wesentlichen auf dem Gedanken einer deutschen Treuhandverwaltung für Kohle, Eisen und noch einige andere Industriegruppen, die diese bis zur endgültigen Regelung der Eigentumsverhältnisse treuhänderisch verwalten sollten zugunsten dessen, den es später einmal angehe. Dabei wurde es als selbstverständlich angesehen, daß dies in dieser oder jener Form das deutsche Volk sein würde.

In der Eisen- und Stahlindustrie, in der vor längerer Zeit bereits eine Treuhandverwaltung eingesetzt worden ist, soll in der Zeit vom 8. bis zum 12. Februar die Gründung der vier ersten Gesellschaften erfolgen, auf die Teile von Unternehmungen übergehen sollen, die bisher verschiedenen Konzernen der eisenschaffenden Industrie angehört haben. Den Aufsichtsräten dieser Gesellschaften sollen je fünf Vertreter der Wirtschaft und der Arbeitnehmer angehören; dazu soll noch ein Vorsitzender im Aufsichtsrat treten.

Mit der Gründung dieser vier Gesellschaften erfolgt zwar noch keine Regelung der Eigentumsverhältnisse, die Aktien werden von der Treuhandverwaltung übernommen werden, aber die Konstruktion läßt schon erkennen, wie sie dem französischen Plan eingeordnet werden könnte, der die Verwaltung der gesamten Ruhrindustrie einem alliierten Kommissar überträgt, und der zu seiner Ausführung die Schaffung von zwei großen Gesellschaften vorsieht, in die der gesamte Bergbau und die gesamte eisenschaffende Industrie eingeordnet werden sollen.

Bisher war hier die Auffassung vertreten worden, daß dem französischen Verlangen auf Sicherheit gegenüber neuen deutschen Rüstungsplänen entweder durch eine internationale Kontrolle oder durch Begrenzung der Produktion Rechnung getragen werden sollte. Der französische Plan beschränkt sich jedoch nicht auf eine Kontrolle, sondern stellt eine Übernahme der Verwaltung dar.

Ein solcher Plan birgt nach Auffassung der deutschen Kreise an der Ruhr außerordentliche Risiken für die deutsche Wirtschaft in sich. Auch die Festsetzung der Preise würde in das Ermessen der alliierten Verwaltung gestellt sein und damit den wirtschaftlichen Interessen der Ruhrindustrie nicht immer gerecht werden können. Dies etwa ist das erste Urteil an der Ruhr.

Die französische Meinung geht dahin, daß das Ruhrgebiet als besonderes „Territorium“ von Mitgliedern der UNO verwaltet werden und ein Vermögensbestandteil der Vereinten Nationen sein soll. Nur durch eine solche Regelung glaubt Frankreich seine zukünftige Sicherheit gewährleistet und den besten Nutzen für Europa garantiert zu sehen. Auf diese Weise wäre die Ruhr nicht Arsenal oder Zankapfel, sondern eine Quelle des europäischen und damit auch des deutschen Wohlstandes.

Eine abschließende Stellungnahme setzt vor allem eine genaue Kenntnis des französischen Memorandums voraus. Eines läßt sich aber nach Ansicht der politischen Parteien bereits dazu sagen: Unter der Sozialisierung dürfte sich der Arbeiter an der Ruhr etwas anderes vorstellen.